

U20

Titel Nein zum staatlichen Tierwohllabel – Ein Tierwohllabel kann sozialdemokratische Kritik nicht ersetzen

AntragstellerInnen Hessen-Nord

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Nein zum staatlichen Tierwohllabel – Ein Tierwohllabel kann sozialdemokratische Kritik nicht ersetzen

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2 Die Einführung eines staatlichen Tierwohllabels wurde vom Landwirtschaftsminister Christian Schmidt verstor-
- 3 pert. Es begann damit, dass der Minister auf der Grünen Woche 2017 statt eines ausformulierten Konzeptes
- 4 lediglich das Logo für das neue Label vorstellte. Wir Sozialdemokrat*innen haben diese merkwürdige Präsen-
- 5 tation zu Recht kritisiert. Unsere Kritik am Tierwohllabel sollte aber wesentlich grundsätzlicher sein. Nicht nur
- 6 setzt dieses auf der fragwürdigen privatwirtschaftlichen „Initiative Tierwohl“ auf, auch hat sich selbst der eher
- 7 konservative Tierschutzbund von dem Label distanziert. Wir Sozialdemokrat*innen müssen nun aufpassen.
- 8 So problematisierte etwa die Verbraucher*innenschutzorganisation Foodwatch: „Der Wissenschaftliche Bei-
- 9 rat beim Bundeslandwirtschaftsministerium erwartet für das freiwillige Tierwohl-Label einen Marktanteil von
- 10 vielleicht 20 Prozent. Im Umkehrschluss bedeutet das: Die Bundesregierung duldet für 80 Prozent der Nutz-
- 11 tiere weiterhin vermeidbare Krankheiten, Schmerzen und Leiden! Ein freiwilliges Label ist der grundfalsche
- 12 Ansatz, weil es für Millionen von Tieren keinerlei Verbesserungen bringen wird und uns weiter weg bringt von
- 13 der dringend gebotenen Lösung für 100 Prozent der Nutztiere.“
- 14 Hüten müssen wir uns auch vor sogenannten Rebound-Effekten. Wenn viele Konsument*innen glauben, die
- 15 minimalen Verbesserungen machen den Tierkonsum unproblematischer und öfter zu Tierprodukten greifen,
- 16 kann sich die Gesamtleidenssumme unterm Strich sogar vergrößern. Ein viel plausiblerer Tierschutz- und auch
- 17 Klimaschutzansatz wäre hingegen auf eine verringerte Tierproduktion und einen verringerten Tierkonsum zu
- 18 setzen. Dafür müsste die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union entsprechend umgestellt werden.
- 19 Außerdem müsste der ermäßigte Mehrwertsteuersatz des nicht meritokratischen Gutes Fleisch fallen. Durch
- 20 eine sozialpolitische Flankierung könnte dies für viele Menschen kostenneutral geschehen. Die Abschaffung
- 21 dieses Steuerprivilegs würde dafür sorgen, dass der Fleischkonsum um ca. 5 Prozent sinkt, umgerechnet in
- 22 Schweineäquivalenten wären das ca. drei Millionen Tiere.
- 23 **Wir fordern deshalb:**
- 24 • Kein Cent für und keine Bewerbung eines Tierwohllabels
- 25 • Die Umstellung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf Nachhaltigkeit
- 26 • Die Steuerprivilegierung von Fleisch endlich abzuschaffen